

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kontraktin“, „Der Jungvork“, „Die Rote Siegel“.

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Galtersberg, Nieder-Permsdorf, Seikendorf, Neu-Salzbrenn, Weikstein.

Anzeigenpreis: Die 10gepaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verzeits- und Besammlungsanzeigen 6 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3 Reklamen ober deren Raum im Text 50 Goldpfennige.

Montag, 20. Oktober 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 6 maligem Erscheinen monatlich 1,00 Mark, wöchentlich 10 maligem Erscheinen monatlich 1,50 Mark. Redaktion und Expedition: Breslau, Zwatzer Straße 50. — Postfach 1037. Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 9987.

Die Einheitsfront in Stadt und Land.

Der Freiburger Bauernkongress für die Einigung aller Schaffenden — Steuerfreiheit und Kredite für die Kleinbauern — Auf zum schlesischen Bauernkongress in Breslau!

In Freiburg (Breisgau) fand ein Bauernkongress für ganz Baden statt. Aus allen Teilen hatten sich zahlreiche Delegierte zu diesem Kongress eingefunden. Die Reserate übernahmen der Kleinbauern- und Pachtervertreter Bürgel, dessen Broschüre über Sowjetrußland bekannt ist, und der Abgeordnete Galer. Auf der ganzen Tagung machte sich unter den anwesenden 300 Delegierten eine erregte Stimmung über die unerhörten Steuerbestimmungen der Reichsregierung breit. Nach langer und ausführlicher Aussprache wurde ein Aufruf an das städtische Proletariat verfaßt, der einstimmig angenommen wurde. Ferner wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, daß die Reichsregierung nicht den Willen habe den Kleinbauern, Pächter und Siedlern zu helfen, und daß die Reichsregierung nur daran denke den Großgrundbesitz durch nötige Kredite zu fundieren, was eine erneute Ausbeutung des Kleinbesitzes zur Folge habe.

Mit der Ausbeutung des städtischen Proletariats durch die Schwerindustriellen läuft parallel die Ausbeutung der Kleinbauern durch die Groagrarien und durch den Staat. Die Anwesenden auf dem Kongress in Freiburg haben erkannt, daß der Kampf der Bauern zusammenfällt mit dem Kampf der Arbeiter gegen das Großkapital, Schwerindustrie und Junkertum. In dem Aufruf an die Bauernverbände Deutschlands heißt es, daß die Bauern Hand in Hand mit den Arbeitern gehen müssen, um den Kapitalismus zu bekämpfen, der die Ursache aller Auswucherungen ist.

Aktion des ADGB gegen die Gethaer Forderung.

Der Vorstand des ADGB hat an den Ortsausschuß seines Bundes, Getha, ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen die Forderungen des Gethaer Ortsartells ausspricht. Das Schreiben stellt fest, daß die Forderung der Gethaer Arbeiter im scharfften Widerspruch mit den Bundesbeschlüssen stehen.

Der Probrief des Bundesvorstandes hat weit über Getha hinaus Bedeutung. Er ist für die Weiterentwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ein erneutes Zeichen. Die Gewerkschaftsburokratie betrachtet gerade die Forderungen der Arbeiter als mit dem Bundesbeschlüssen unvereinbar. Die Reformisten des reinsten Wassers haben natürlich kein Interesse an den Forderungen der Arbeiter.

In allen Ortsausschüssen des ADGB gilt es, den Kampf für die Unterliebung von Getha zu organisieren. Die Arbeiter in allen Städten muß sich durch ihre Ortsleitung hinter Getha stellen.

Der Regierungschacher.

Endlich nimmt die Regierungsbildung ihren natürlichen Gang. Nachdem aus den unpolitischen „Fachministern“ nichts geworden ist, tritt man jetzt bereits an die Auswahl der Parteimitglieder. Die Deutschnationalen sollen in der neuen Rechtsfraktion vier Minister erhalten, und zwar die bekannten Dergt, Leopold, Dr. v. Kries und Freiherr v. Gahl. Der Schacher wird wohl in den nächsten Tagen beendet sein. Die Sozialdemokraten haben trotz übelster Kriecherei ihren Zutritt bekommen und sehen die Republik in den Händen der Deutschnationalen, in denen sie genau so gut aufgehoben ist, wie in den Händen der sozialdemokratischen Parteiführer.

An Forderungen wurden aufgestellt:

1. Überführung des Pachtlandes in den Privatbesitz der Pächter.
2. Verbot von Verkauf jeglicher Pachtlander.
3. Steuerfreiheit bzw. Steuerermäßigung für die kleinen schaffenden Landwirte.
4. Verlangt der Bauernkongress mit allem Nachdruck vom Staate Kredite zu 4% zum Einkauf von Saatgetreide und Düngemitteln.

Die Sprache dieses Kongresses war eine durchaus scharfe. Die anwesenden Bauerndelegierten führten Klage über den badischen Bauern-, Pächter- und Siedlerbund.

Auch in Schlessen ist die Lage der Kleinbauern, Pächter und Siedler eine überaus traurige. Die Frauenwaldbauer Bauern haben sich von allen Parteien verlassen, hilflos gehend an die Kommunistische Partei gewandt. Die Kommunistische Partei kämpft mit den Kleinbauern für eine bessere Existenz und hat die Notrede der schlesischen Kleinbauern gehört.

Am 17. November findet in Breslau ein Bauernkongress für Schlessen statt.

Die Parolen der badischen Bauern können nur durchgeführt werden, wenn in ganz Deutschland eine Bewegung entfacht wird, die sich für diese Parolen einsetzt. Der schlesische Bauernkongress wird die Not der Kleinbauern Schlessens prüfen und wird die Maßnahmen treffen, die erforderlich sind, um die Kleinbauern, Pächter und Siedler vor ihrem Ruin zu bewahren.

Die Arbeiter in Stadt und Land werden den Kampf der Kleinbauern unterstützen und werden die Einheitsfront schaffen, die notwendig ist, um Schwerindustrie und Junkertum zu bestegen.

Ein Brief aus einem schlesischen Kerker.

Bei den Debatten im Reichstet im Preussischen Landtag wurde u. a. der folgende Brief eines schlesischen Untersuchungsgefangenen vorgelesen:

„Hiermit gestattet sich der Genosse Machtes zur Kenntnis zu bringen und bittet, die Sache ganz energisch zu unterstützen und dafür zur Sprache bringen zu wollen, damit das Los meines Genossen, das ich hier schildern werde, etwas gemildert wird.“

Als ich den 12. Mai 1924 zum Termin transportiert wurde, kam ich auch in der Stadt Breslau in Schlessen in das Polizeigefängnis „Schuhbrude“, wo ich drei Tage Aufenthalt hatte. Während der Freizeit lernte ich zwei Genossen kennen, aber in was für Zuständen sie sich befanden, ist unbeschreiblich. Ich habe tatsächlich im Stillen über meine Genossen gemeint. Es sind zwei Russen, sie befinden sich schon sieben Monate in Schuhbrude. Jedes Schreiben, das sie beiden abschicken wollen, wird von der Inspektion zururgehalten. Das jetzt hat sie noch niemand von der Partei besucht. Sie haben weder Besuche noch Kamm, noch werden sie rasiert. Ihre sämtliche Garderobe haben sie abgetragen. Kein Mensch kann sich das vorstellen, was meine Genossen geistig wie körperlich auszuhalten haben. Nur die Mauer deutscher Gefängnisse sind stamme Zagen. Nur mit Selbstmordgedanken besaßen sich diese beiden Genossen. Der eine hatte schon fünf Tage nichts gegessen, er sagte mir, er will sterben. Ein Schaudern ergri mich über dieses Bourgeois-Verbrechen am Arbeitervolk. Dazu schreien die Genossen noch in Zellen, wo sich lauter Angeklagter befinden, wodon ich mich selbst in meinen schlaflichen Nächten überzeuge. Als ich mich über diese unsaubere Zelle am anderen Morgen beschaute, hieß es ganz kurz: „Wir haben kein Geld dazu.“ Bei denen ist das Geld mehr wert als das Menschenleben eines Arbeiters. Wenn überhaupt dieses das Ausland wute, wie ein Mensch niedriger Herkunft in so einem Hause gemartert würde, dann müßte sich die ganze Welt empören. Die Weltgeschichte zeigt immer an, daß sich jedes Verbrechen an der Menschheit geacht hat. Die Stunde wird kommen, wo das Proletariat der Welt dieses himmelsstreichende Unrecht der Blutlauge und ihrer Helfershelfer rächen wird.

Ich wute die Fraktion bilden, Schritte zu unternehmen, daß die Gesundheit dieser beiden Genossen gerettet wird. Es ist unsere höchste Pflicht und Schuldigkeit ihnen zu helfen. Ich bin selbst ubergeugt von der großen Idee der Menschenbefreiung, so daß ich mein Leben gern einsehe für das gesamte Proletariat. Es lebe die Weltrevolution, die Befreiung des Proletariats!

(Unterschrift.)

Seedt an die kaiserliche Reichswehr.

General von Seedt erlast einen Aufruf an die Reichswehr dem wir folgende charakteristische Zeilen entnehmen:

„Jeder Deutsche, gleichgültig welcher Parteizugehörigkeit, sollte er nur im guten Sinne des Wortes national empfindet, hat Anspruch auf gleiche Behandlung durch die Reichswehr. Der militärische Ausnahmezustand hat der Reichswehr reichlich Gelegenheit gegeben, sich erfolgreich auf allen Gebieten zu betätigen. Ich wute auch heute nochmals meinen Dank und meine Anerkennung für die Hilfsleistung der Reichswehr zum Ausdruck bringen.“

Die Arbeiter wissen, wer mit dem guten Sinne des Wortes „national“ gemeint ist. Die Arbeiter haben auch die Hilfsbereitschaft der Reichswehr kennen gelernt, — besonders in Sachsen. Die Reichswehr hat sich auf allen Gebieten der Konterrevolution erfolgreich betätigt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

In Leschitz bei Groß-Strehlitz wurde ein Gefälle in der Werkstatt eines Mechanikers durch Explosion des Schweißapparates zerlegt.

Von dem Zuge erfasst und getötet wurde ein Arbeiter von der zweiten Rudelschicht und Jannowitz tätigen Streckkolonne. Der tote war kaum fortgeschafft, bruckten schon die Glattausseher der Kolonne zu: „Weiterarbeiten“. Der Mensch gilt nichts, das Geld alles.

Ein auf einem Gut bei Goldberg beschäftigter Landarbeiter kam beim Rubenabladen unter einem Wagen. Der wurde mit schweren Verletzungen unter diesem herbeigesogen.

In Nieder-Runzendorf stürzte ein Domizilarbeiter vom Wagen und brach sich das Genick.

Frankreichs Anleihehochwertigkeiten.

Paris, 19. Oktober.

Die amerikanische Anleihe an Deutschland ist bereits nach zwölf Millionen überzeichnet worden. Die Anleihe an Frankreich jedoch hare noch in der Luft und erst jetzt wird es zu eingehenden Verhandlungen kommen. Morgan ist nach Paris abgereisen.

Amerika hat es mit der französischen Anleihe nicht eilig. Die Anleihe an Deutschland war wichtiger, denn sie sichert entschieden mehr Profit.

Behörden beeinflussen den Wahlkampf.

Hamburg, 19. Oktober.

Der Hamburger Polizei hat auf Veranlassung des Senats das erste Flugblatt, das unsere Partei zur Tugerschaftswahl herausgab, beschlagnahmt. Eine vorgeschriebene Untersuchung im Parteibau: „Machtes“. Die SPD. ist unter dem Schutz des Reichsanwaltes (Machtes) nicht die ganze Stadt mit Wahlplakaten besetzen. Nachher erlast der Senat eine Bekanntmachung, daß kein Haus mehr besetzt werden darf.

Terrorjustiz gegen unsere ägyptischen Genossen.

Kairo, 19. Oktober.

In dem großen Kommunistenprozess wurden 8 Angeklagte zu je 3 Jahren Zuchthaus, die übrigen zu 5 Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Die Verurteilten traten wegen Machtes in den Hungerstreik. Nach der Urteilsverkündung riefen sie: Es lebe der Kommunismus. Die national-revolutionären Kreise haben große Sympathien befundet.

Nachdem Geipel wieder hergestellt ist . . .

Wien, 19. Oktober.

Wie die „Wiener Rote Fahne“ berichtet, will der Staatsanwalt gegen die „Rote Fahne“ ein Strafverfahren wegen des Art. 14. Geipel saniert wieder“ einleiten.

Der Thüringer Streit geht weiter.

Weimar, 19. Oktober.

Hier fanden Einigungsverhandlungen zur Beilegung des Gemeindegewerkschaftsstreiks statt. Mit sechs gegen eine Stimme beschloß die Betriebskommission, den Gemeindegewerkschaften statt der Betätigten 13. 15. Pfg. Erhöhung zu bewilligen. Die Streikleitung des Gemeindegewerkschaftsverbandes erkannte den Schiedspruch nicht an.

Die deutsch-russischen Beziehungen.

Moskau, 19. Oktober.

Anfang November werden Verhandlungen am Abschluss des Handelsvertrages mit Rußland beginnen. Der Rat der Volkskommissionen erkannte eine Abordnung von sechs Vertretern aus dem Volkskommissariat des Aueren und dem Volkskommissariat für Handel.

Die Eisenbahner wollen den Kampf.

Berlin, 19. Oktober.

Die Eisenbahnerorganisationen beschloen das Lohnabkommen mit der Reichsbahngesellschaft zu kündigen und sofortige Annahme ihrer Forderungen zu verlangen. Da die Stimmung der Eisenbahner, auch der Beamten sehr erregt sei.

400 Opfer einer Sturmflut.

Im Bezirk Nikolajewsk am Amur ist durch starken Sturm das Wasser so hoch gestiegen, daß zwei Ansehungen eremmt wurden. Ungefähr 400 Menschenopfer sind zu beklagen. Große Schäden wurden den Fischereien zugefügt.

Wozu in Sowjetrußland Artegsgale hermen det werden

Die Arteg-Aktionen der Roten Armee sind während des letzten Sommers in die Gegend um die ungeschutzten Grenzschraen zu kämpfen. Dort haben sich diese Kampfsgruppen nach der russischen Grenze in Rußland gewandt, um dort die Arteg von Feldmaschinen zu reparieren, die durch die Gebiete von Lachajew und Jozow sich nach der politischen Grenze zu bewegen.

Die sozialdemokratischen Schreie und Schreien Tag für Tag über die trostlosen Verhältnisse in den russischen Gefängnissen täuschen über diese menschenunwürdige Behandlung der zwei Genossen nicht hinweg. Wir sind der Meinung, und der festen Überzeugung, daß in Rußland unter der Sowjetregierung niemals Arbeiter so menschenunwürdig behandelt worden sind. Der eiserne Glaube, daß diese menschenunwürdige Behandlung einmal Vergeltung finden wird, wie dies aus den Zeilen des riefschreibers hervorgeht, ist eine Garantie dafür, daß die Arbeiterschaft stark genug sein wird, der bürgerlich-sozialdemokratischen Diktatur ein Ende zu bereiten.

Der Dawesplan und der russisch-englische Vertrag. Ein Vergleich.

Zwei große Staaten waren 1918 von der Weltwirtschaft ausgeschlossen und von den anderen Staaten politisch isoliert. Deutschland und Sowjetrußland. Die Ursachen waren verschieden: Deutschland war isoliert, weil es besiegte, Rußland hingegen weil es ein Sowjetstaat war.

Auf die Dauer jedoch muß jeder Staat zu einem Zusammenleben mit den anderen Staaten kommen. Denn vollständige Abgeschlossenheit und Selbstgenügsamkeit würde jeden Staat auf Jahrzehnte in der Entwicklung zurückwerfen. Nur durch die Ausbreitung der Weltwirtschaft im modernen Kapitalismus werden die einzelnen Länder in der Technik, der Arbeitsteilung zwischen den Ländern und der Kultur geführt. Veleben im wirtschaftlichen und staatlichen Aufbau der einzelnen Länder Gegensätze, so müßten beide Teile Kooperationen machen, um zu einem friedlichen Zusammenleben zu kommen. Das traf auf die Beziehungen zwischen Sowjetrußland und der Entente zu, während Deutschland und die Entente denselben kapitalistischen Aufbau hatten.

An beide Länder, an Deutschland und an Sowjetrußland stellte die Entente:

Schuldforderungen.

Die Forderungen an Deutschland wurden gestellt infolge der deutschen Niederlage im Weltkrieg, die Forderungen an die Sowjetregierung waren die alten Forderungen der Ententekapitalisten nach dem Geld, das sie dem zaristischen Rußland geliehen hatten. Weil diese Rußland durch die Herrschaft des Bolschewik, Judenitsch und Wrangels nicht hatten niederringen können, mußten sie sich zu Wirtschaftsverhandlungen bequemen.

Wir sehen also schon hier einen grundsätzlichen Unterschied in der Machtposition Deutschlands und Rußlands gegenüber der Entente:

Deutschlands Verhandlungen mit der Entente sprachen seiner militärischen Niederlage im Kriege.

Rußlands Verhandlungen hingegen waren die Folge des Aufwandes der Entente, es militärisch niederzuringen. Dementsprechend gestalteten sich auch die Verhandlungen Deutschlands und Rußlands mit der Entente sehr unterschiedlich.

Von Deutschland verlangte die Entente Zahlungen nicht als Entgelt für Werte, die Deutschland jemals empfangen hatte, sondern als Entschädigung für Kriegsschäden, die es erlitten hatte ohne das umgekehrt Deutschland für die Kriegsschäden im eigenen Lande entschädigt wurde.

Von Rußland hingegen verlangte die Entente die Summen zurück, die sie tatsächlich wenn auch in Forderungenbedingungen und wenn auch dem zaristischen Rußland, ausgeliehen hatte.

Die Verhandlungen mit Deutschland in London werden wie mit einem Kolonialvolk geführt. Die Ententestaten und Amerika berieten miteinander, und erst dann, als sie die Beratungen endgültig abgeschlossen hatten, wurde ihm der fertige Plan, das Dawesgesetz (mit verschiedenen Änderungen) ultimativ zur Annahme vorgelegt. Deutschland nahm nicht freiwillig als selbständige, gleichberechtigte Macht den Plan an sondern gezwungen. Denn bei Ablehnung des Planes hätten neue Sanktionen eingesetzt.

Rußland hingegen verhandelte mit England als ebenbürtige Macht. Die Verhandlungen dauerten vier Monate und drohten noch kurz vor der Annahme zu scheitern. 99 Prozent der Kapitalisten Amerikas und der Entente begrüßten den Dawesplan mit Jubel. Ein Beweis, daß er ihnen sehr große Vorteile sichert.

Gegen den russisch-englischen Vertrag hingegen führten die englischen Kapitalisten vom ersten Tage an eine heftige Kampagne, weil er ihnen zu wenig

Gewinn verspricht. Sie drohten, wie erwähnt den Vertrag noch einen Tag vor seinem Abschluß zum Scheitern zu bringen und würden nur durch den Massenprotest der englischen Arbeiterkraft zur Wiederaufnahme der Verhandlungen und zur schließlichen Annahme des Vertrages gezwungen. Der Hauptgrund des Sturzes der englischen Arbeiterregierung ist die Unzufriedenheit der englischen Bourgeoisie mit dem russisch-englischen Vertrag.

Aus dem Ganzen erhellt bereits, daß zwar beide Verträge, der Dawesplan und der russisch-englische Vertrag kapitalistischer Natur sind, das aber der erste ein völler Sieg der amerikanischen und Ententekapitalisten über Deutschland, der zweite hingegen ein Kompromiß ist, das der Sowjetmacht größere Vorteile bringt als der englischen Bourgeoisie. Deshalb treten im Klassenkampf zur englischen Bourgeoisie die englischen Arbeiter gegen den Dawesplan, für den russisch-englischen Vertrag ein.

Gehen wir nun zum konkreten Inhalt der beiden Verträge über.

Nach beiden Verträgen sollen Deutschland und Rußland eine Anleihe von je 800 Millionen Goldmark erhalten und, dadurch gestärkt, ihre Schulden und die Zinsen für die Anleihe zahlen. Deutschland verpfändet als Sicherheit seine gesamte Eisenbahn, seine Reichsbank mit ihren Goldwerten, seine Steuern und Zölle und 5 Prozent Anteil an seiner Großindustrie.

Sowjetrußland verpfändet nichts.

Die Leistung der Reparationen wird von der deutschen Regierung nicht selbstständig vorgenommen, sondern von der Entente mit unbeschränkter Gewalt überwacht.

Auf russischen Boden darf kein Ententekommissar seinen Fuß setzen.

Deutschland zahlt jährlich steigend, von 1924—1929 von 1 Milliarde Goldmark bis zu 2 1/2 Milliarden Goldmark Reparationszahlungen an die Entente (außer den Zinsen für die Anleihe, die höher sind selbst als die höher zinslichen Anleihen!) und vom fünften Jahre an jährlich 2 1/2 Goldmilliarden!

Die Schulden, die Rußland zu zahlen übernimmt, sehen sich aus vier Posten zusammen:

1. Vorkriegsschulden.
2. Kriegsschulden.
3. Kleinere Forderungen englischer Untertanen (während der Revolution erlittene Schäden usw.).
4. Forderungen englischer Kapitalisten, deren Besitz in Rußland nationalisiert wurde.

Zu 1: Nur jene Anleihebesitzer werden befriedigt, die ihre Papiere vor dem 16. März 1921 in Besitz hatten. Die Befriedigung beträgt nach Anrechnung der englischen Regierung nicht den vollen Betrag der Forderungen. Die russische Regierung verhandelt einzeln mit ihren Gläubigern. Kommt eine Vereinbarung mit mindestens der Hälfte der Gläubiger zustande, so gilt diese Vereinbarung automatisch auch für die anderen Gläubiger. Da sich Rußland zuerst mit denen einigen wird, die am wenigsten verlangen, ist die Sowjetregierung, die als Staatsmacht mit dem einzelnen privaten Gläubiger verhandelt doppelt im Vorteil.

Zu 2: Die Kriegsschulden werden verrechnet gegen die Interventionschäden.

Zu 3: Die Entscheidung fällt eine paritätisch zusammengesetzte, russisch-englische Kommission.

Zu 4: Die Sowjetregierung trifft mit jedem der früheren Besitzer gesonderte Vereinbarungen, nachdem die Rechtmäßigkeit der Forderungen geprüft und zugebilligt ist.

Die Gesamtsumme der russischen Vorkriegsschulden an Eng und beträgt 800 Millionen Goldmark. Die Gläubiger sind bereit, sich innerhalb fünf Jahren mit dem viersten

Teil der Summe, mit 200 Millionen Mark, abfinden zu lassen. Sollte der Rückkauf durch die Sowjetregierung innerhalb fünf Jahren nicht erfolgen, so sind sie bereit, die Schuld zur Hälfte des Wertes, d. h. zu 400 Millionen Mark den Russen gegen 2 1/2% Zinsen weiter zu belassen. Demnach würde die eigentliche Schuld von 800 Millionen Mark die Russen nur 1 1/2% Zinsen (!) kosten.

Das ist, wie gefagt der Vorschlag der Gläubiger. Es ist möglich und wahrscheinlich, daß die Sowjetregierung in möglichst günstigen Verhandlungen mit den einzelnen Gläubigern noch günstigere Bedingungen herausfagt.

Kriegsschulden und Interventionschulden decken einander, wenn sie nicht sogar ein positives Plus ergeben. Die kleinen Forderungen von Einzelpersonen und die Entschädigung für nationalisiertes Eigentum sind bedeutungslos.

Die Anerkennung der Schulden selbst in dieser für Rußland äußerst vorteilhaften Form erfolgt nur bei Begebung einer Anleihe für Rußland.

Ein Vergleich dieser Bestimmungen mit denen des Dawesplanes, zeigt die Stärke Rußlands die Ohnmacht Deutschlands.

Rußland zahlt für tatsächlich dem Zaren geliehenes Kapital im ungünstigsten Fall nur den vierten Teil zurück. Kriegsschäden und Interventionschäden werden gegeneinander verrechnet.

Deutschland erhält für tatsächlich erlittene Kriegsschäden keinen Pfennig Entschädigung, zahlt dagegen phantastische Entschädigungssummen für Kriegsschäden, an deren Verursachung alle kapitalistischen Staaten gleiche Schuld haben.

Rußland duldet keinen Einspruch in seine inneren Angelegenheiten.

Deutschland ist für unbeschränkte Zeit der Kontrolle der Entente ausgeliefert.

Die russische Rote Armee schützt die Heimat vor jedem fremden Staat.

Deutschlands Wehrmacht ist endgültig vernichtet. Die Entente hat das Recht dauernder Militärkontrolle, während sie selbst sich weiter rüstet.

Die Sowjetregierung schwebert kühn den kapitalistischen Räubern die Wahrheit ins Gesicht, vermeidet die kapitalistische, heuchlerische Diplomatie und verteidigt offen und selbstbewußt die Interessen der russischen Arbeiter und Bauern, die übereinstimmen mit den Interessen des internationalen Proletariats.

Die deutsche Regierung darf nicht einmal das Problem der Kriegsschuld erörtern. Die Entente legt Deutschland einen Maulkorb um. Selbst das Bellen wird dem traurigen deutschen Roter unterfagt.

Welche Politik war richtig?

Die deutsche Kriegspolitik 1914—1918 und die Erfüllungspolitik von 1919—1924 die nur die Folge der Niederlage war, so wie die Niederlage die Folge des Krieges war? Oder die russische Lösung des Bürgerkrieges von 1914—1918 und die des sozialistischen Aufbaus, der nur langsam und mit Rückschlägen vor sich ging und geht, weil das europäische Proletariat davon juristisch-rechtlich, dem russischen Beispiel zu folgen?

Dawesplan und russisch-englischer Vertrag! Die Geschichte selbst hat das Urteil gesprochen:

Ein Todesurteil für die deutsche Bourgeoisie, für die deutsche Sozialdemokratie und — — für die deutsche Arbeiterkraft, wenn sie dieser Koalition folgt!

Ein Siegesfinal für die Sowjetmacht, für die russische Arbeiter- und Bauernschaft, für das internationale Proletariat, wenn es, gleich den russischen Arbeitern und Bauern, die Bourgeoisie stürzt und daran geht, eine Welt der Arbeit, der Solidarität, des Sozialismus aufzubauen.

Warum haben wir kommunistische Kindergruppen?

Alles was den Kommunisten als notwendig erkannt und in Form von Geldmitteln, erzeugt in der Regel die Unzufriedenheit der „alten (und jungen) erfahrenen Genossen“ der SPD. Im Entwicklungsstadium befindliche Organisationsformen übergeben sie der „Jugend“, wenn sie in dieser Organisation eine „sozialistische Position“ wahren. Setzt sich aber die Organisation trotzdem durch, dann verdrängen sie die alten und die neuen, die die Jugend, dementsprechend den Verdrängen und Sanktionen, die die Jugend zur Abkehr von der Revolutionäre und Arbeiter der Junggenossen freudlich beifall, wenn „milde Urteile“ von mehreren Jahrzehnten Erfahrung die der „alten“ die Revolutionäre festigen. Die Beweise sind in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit letzterem Jahren festgelegt.

Auch die kommunistischen Kindergruppen erzeugen das Mißbehagen der SPD-Führer. Vor noch nicht langer Zeit nannten sie diese „die Organisation der Hoffnungen“. Sie prüfeten es vorerst mit der „Jugend“. Aber die kommunistischen Kindergruppen waren keine „sozialistische Jugendorganisation“, sie kamen zur Existenz in allen Orten, Bezirken, im Reich, in Europa — auf dem ganzen Erdball. Sie wurden Bewegung, wurden Begleiterkennung der kommunistischen Produktionsform. Da half nicht mehr Vögelnsicht zur Vermeidung, da mußten kräftigere Mittel herangezogen werden.

Die Moral! Die letzte Kinderlektion darf nicht mit Politik verunreinigt werden! Es ist ein Verbrechen am Gedächtnis einer Nation, die die glücklichen Tage der sorglosen Kindheit mit dem Gift der Politik zu verberben und all der Forderungen der „Politik“ des Kindes“ sind Verbrechen am Volk. Die Politiker, die Kleinbürger, die Sozialdemokraten, sie trüben von Moral, sie haben die Kinderlektion „reiner“ zu halten von Politik und wo ihnen dieses nicht gelang, wo ihnen das Kind selbst trotz gegenüberstand, da riefen sie die „Belehrer“ und im Zentrum verließen sie die Unzulänglichkeiten der deutschen Sozialdemokratie-Paragrafen, die es nicht gestatten, Sänglinge vor den Staatsgerichtshof zu führen.

Meldungen wie die folgende sind in der deutschen Revolution keine Seltenheit mehr, sie gehören zum politischen Kampf, sie sind ein Zeichen der Entpolitisierung des Kindes“ durch die bürgerliche Gesellschaft.

In Gorkiza (Oberschlesien) wurde bei einem Rücktransport der Kinder, die von der Internationalen Arbeiter-

hilfe zur Schoang in Mittelschlesien waren, diesen von der Ostgruppe ein Empfang bereitet. Die Kinder wandern in der Gorkiza-Gruppe Schumanns hinarbeit. Ein Kammermann gab der Ostgruppe rotes Tuch, aus dem den Kindern eine kleine Fahne mit der Aufschrift: I.A.S. als „Wohlwollenstuch“ gemacht und überreicht wurde. Dem Herrschaften der Gorkiza-Gruppe, als die Kinder ihre Wohnungen anzuweisen sollten, hielten sie die rote I.A.S.-Fahne mit sich. Das reizte einen Gorkiza-Beamten so, daß er sich auf die Kindergruppe stürzte und die Fahne besitz ergab. Er machte Anstalten, die Kinder auf die Straße zu werfen. Der Beamte, Genosse Saha, stellte sich dagegen. Der Polizeibeamte wollte herum und kündigte: Soll ein Strafwortchen an. Saha mußte keine Personlichkeit angeben, die Fahne wurde weggebracht. Nach ausgeführt einer halben Stunde kam ein kleineres Aufgebot von Gorkiza-Beamten in dem hier K. Saha, um nachzusehen, ob die Gorkiza-fähige Minder nicht etwa größeren Umfang angenommen habe und brachte beinahe das ganze Dorf in Aufregung.

Unabhängig liegen derartige Meldungen vor, so aus Kottbus, Hainover u. a. Im Januar haben sogar 20 alarmierte Gorkiza-Beamte die Gorkiza-Kindergruppe im Alter von 6—15 Jahren mit der blauen Waffe auseinandergetrieben.

Die kommunistischen Kindergruppen sind also nicht mehr in der Existenz, sie sind bereits in der Phase, die der herrschenden Klasse Gemeinheit und Gewalt bedeutet!

Welche Idee bezweckt die Proletarierkinderorganisation? Welche Idee bezweckt die kommunistischen Kindergruppen zugrunde, der sie stark macht, so daß nicht die Rücksichtslosigkeit der Herrschenden imstande sind, die kleinen Märtyrer in alle Winde zu zerstreuen? Jester und Unwisser sehen die kommunistischen Kindergruppen nach jeder gewalttätigen Vorstoß der herrschenden Klasse, fester und entschlossener haben sich diese Kindergruppen in proletarischer Solidarität. Wo liegt das große Geheimnis?

Diese Fragen werden beantwortet vom Preussischen Statistiker Bundesamt in einer Zeitschrift, die in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 21. September, Nr. 135, Beilage, veröffentlicht wurde:

„Im Laufe der letzten Monate haben sich die Fälle vermehrt, in denen besonders bei älteren Kindern als Todesursache die Hunger, Entkräftung, Mangel an Nahrung, Schokolade, Zigaretten“ etc. angegeben wurde. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß wenigstens ein Teil dieser Fälle auf direkten Verhungern aus Nahrungsmangel als Folge wirtschaftlicher Not beruht.“

Welche Stappen bis zur Ausstellung des Totenscheines „Erleuchtung, Entkräftung usw.“ der Proletarier durchleben muß, die nur „weiten Bevölkerungsfreien“ vergönnt sind, darüber berichtet der „Bolschewik“ Minister am 26. Juli 1924. Sie werden durchzuführen von den Mitgliedern der kommunistischen Kindergruppen, die als Sänglinge „mit dem aus den Speiseküchen der Erwerbslosen stammenden Mittagsspeise“ ernährt werden müssen, deren der letzte Mops der „gütigen Frau“ die Milch wogschürfte, die mit Unterernährungsbedingungen das Licht der Welt erblickten, die ihnen kein eigenes Bett gab, die sie nicht fleidete, die sie im strengen Winter barfuß in die Schule schickte, die ein besorgtes und vergammtes Elternpaar um die nackte Existenz ringen sehen, die als Kleinste schon das erbärmlichste Elend durchleben mußten, von dem die Herrschenden in Gesellschaften berichten. Zur Klasse der Enterten, der Habenichtse gehören, erkennen sie die wirtschaftlichen Unterschiede, empfinden sie die Gegensätze Arm und Reich und werden damit „politisiert“.

Die Mitglieder der kommunistischen Kindergruppen, unsere Kinder, sind eng miteinander verbunden durch den proletarischen Solidaritätsgedanken, sie träumen den Traum von der neuen Welt und kämpfen mit ihren Alten um die Befreiung aus Nacht und Sclaverei. Schon früh ringt sich bei ihnen der Gedanke durch: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!

Die kommunistischen Kindergruppen sind also ein Stück der proletarisch-revolutionären Bewegung, sie sind von dieser nicht zu trennen. Lächerlichkeiten und Terror sind nicht imstande, sie zu vernichten, sie gehen nur Anlaß zur Festigung, weil sie den Proletariats den Beweis erbringen, daß ihr Weg der richtige ist. Deshalb ist es selbstverständlich, wenn jetzt wieder die kommunistischen Kindergruppen in Schlesien zur Festigung ihrer Existenz, besonders in Breslau. In allen Stadtbezirken finden sich unsere jüngsten Genossen wieder zusammen und kämpfen die Reihen.

Es ist es Pflicht aller Proletarier, besonders aber unserer Genossen, in Zukunft den Versammlungstagen der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ gewissenhaft zu studieren und ihre Kinder zum Besuch der Zusammenkünfte anzuhalten. Für geeignete Betreuung ist gesorgt.

Wir sind überzeugt, daß Breslau mit den übrigen deutschen Großstädten in Bezug auf die Kindergruppen-Bewegung an der Spitze marschieren und bald wieder werden die Formationen unserer Kindergruppen mit Ihren Liedern sagen:

Wir sind die junge Garde des Proletariats! M a z e.

Wirtschaftliche Rundschau

Die Dawes-Anleihe.

Die deutsche Anleihe, die gemäß dem Dawes-Vertrag einen Erlös von 800 Millionen Goldmark erbringen soll, ist gestern zum Abschluß gekommen. Sie zerfällt in zwei Hauptgruppen, in einen amerikanischen und in einen europäischen Anteil. Der amerikanische beläuft sich auf 110 Millionen Dollar, der europäische auf 26 1/2 Millionen Pfund Sterling. Der amerikanische Anteil ist von dem Bankhaus Morgan übernommen. Den Hauptteil des europäischen Anteils übernimmt die Bank von England. An dem europäischen Anteil sind außerdem Frankreich, Belgien, Italien, die Schweiz, Holland, Schweden und Deutschland beteiligt. Die Anleihe ist innerhalb 25 Jahren rückzahlbar und zwar erfolgt die Rückzahlung durch Auslösung oder Rücklauf. Der Zinsfuß beträgt 7 Prozent.

Für die amerikanische Quote ist die Tilgung des Kapitalbetrages mit einem Aufgeld von fünf Prozent, also mit 105 Prozent vorgesehen.

D. h., die Amerikaner lassen sich für je 100 Mark, die sie uns pumpen, 105 Mark zurückzahlen und dazu pro Jahr 7 Prozent Zinsen.

Für die europäische Anleihe müssen für je 92 geliehene Mark 100 Mark zurückgezahlt werden, und dazu 7 Prozent Zinsen.

Die Anleihe, die nun also zustande kommen wird, wird bei den hohen Zinssätzen ein Bombengeschäft für die Bankkreise werden. Die hohen Zinsen müssen aus der Mehrarbeit des Proletariats herausgepreßt werden. Ist dies nicht — oder nicht ganz möglich, so wird die deutsche Industrie infolge der hohen Zinsbelastung auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig.

Die Anleihe ist im Verhältnis zum Bedarf an Betriebskapital äußerst geringfügig und fließt überdies gar nicht als Kredit der Produktion zu, sondern dient ausschließlich als Deckung für die Ausgabe von Reichsbanknoten.

Keineswegs wird, wie die Anbeter der Dawes-Sanierung glauben, die Anleihe den Weg für die Gewährung größerer privater Kredite an Deutschland zu normalen Zinssätzen eröffnen. Höchstens gegen wucherische Zinssätze (10 bis 20 Prozent) werden der deutschen Industrie Kapitalien zur Verfügung gestellt werden; denn die Kreditgewährung an Deutschland gilt als ein Spekulationsgeschäft mit größerem Risiko, weil der Dawes-Plan ganz bewußt die deutschen Produktionskräfte ersticken will.

Tatsächlich sind alle bisherigen Verhandlungen über die Gewährung amerikanischer Privatkredite an deutsche Unternehmungen völlig gescheitert oder haben doch nur einen kleinen Teil des erhofften Ertrages gebracht.

Die neuen Herren der Eisenbahn.

Die neue Eisenbahngesellschaft und ihr Aufsichtsrat hat neben dem Generalkommissar, der endgültig bestimmt, wichtige Aufgaben. Sie bestimmen über die Arbeitszeit und Entlohnung der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sie haben die Tarife mitzubestimmen. Welche Interessengruppen vertreten diese Aufsichtsratsmitglieder? Da sind zwei zunächst zu nennen, die sich um einen Sitz im Aufsichtsrat solange herumgeschlagen haben, bis sie beide ihn bekommen. Das ist der Geheimrat Eduard Arnold und der Geheimrat Peter Klöckner. Der Grund dieses Herumschlagens war vor allem der: Wer soll die recht einträglichen Kohlenlieferungen der Reichseisenbahn und die daraus erzielten Profite einheimen? Herr Arnold ist nämlich Mitinhaber der großen Kohlenhandlung Cesar Wollheim, die den Vertrieb von fast allen ober-schlesischen Kohlengruben hat, er steht dem AEG-Konzern nahe. Er ist Mitglied des Aufsichtsrates der AEG, der Ludwig Löwe A. G. Außerdem ist er der Vorsitzende des Aufsichtsrats der zur Interessengemeinschaft der chemischen Werke gehörenden A. G. für Anilinfabrikation, der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau A. G. und der Berlin-Karlshorner Werke A. G., früher Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken. Seine Eignung zum Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Eisenbahngesellschaft hat er wohl noch aus der Zeit her, da er neben seinem Kohlenhandel stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Shantung-Eisenbahngesellschaft war. Außerdem sitzt er im Aufsichtsrat der Dresdener Bank und der Ilse-Bergbau A. G.

Sein Gegner, Peter Klöckner, ist Mitinhaber des Klöckner-Konzerns, der neben seinen Kohlengruben Eisenhütten, Maschinenfabriken usw. besitzt.

Die Interessen des Stinneskonzerns werden von dem bekannten Karl Friedrich von Siemens, bisher Vertrauensmann von Stinnes in der Deutschen Demokratischen Partei, vertreten.

Ein Vertreter des Schiffschiffskapitals ist der Generaldirektor Dr. Ott, Generaldirektor der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln. Als Vertreter des Binnenschiffskapitals hat er ein Interesse an der Heraussetzung der Eisenbahntarife. Je höher die Eisenbahntarife, desto besser geht das Binnenschiffahrtsgeschäft. Außerdem ist er Mitglied der Direktion der Kölner Seeschiffahrt A. G., der Midgard, Deutsche Seeverkehrs A. G. in Bremen, der Niederrheinischen Bergwerksgesellschaft in Neukirchen, der Silo A. G. in Düsseldorf, wie der chemischen Werke Grenzach A. G. Zudem ist er stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Nische & Co. Schiffwerft A. G., damit er ja das Interesse des Schiffskapitals vertritt. Da die Flußtransporte andere Lagerungsbedingungen haben, ist er nicht nur Mitglied der Direktion der Silo A. G. in Düsseldorf, sondern auch gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Münsterschen Schiffahrts- und Lagerhaus A. G. und der Rhein- und Seeschiffahrts-G. m. b. H. in Köln.

Die Interessen der Großagrarien vertritt der frühere Oberpräsident v. Batocki, Majoratsbesitzer und gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied der Königsberger-Kranzer Eisenbahngesellschaft Vorsitzender des Aufsichtsrats der Ostbank.

Auch die Autoindustrie hat ein Interesse an den hohen Frachten. Sind die Frachten sehr hoch, dann nimmt vielleicht der Transport auf Lastkraftwagen einen kleinen Aufschwung. Infolgedessen sitzt als ihr Vertreter das Direktionsmitglied der Continental-Gummi und Guttapercha A. G. in Hannover, Prof. Dr. ing. Blum im Aufsichtsrat der deutschen Reichsbank. Wir sehen also, als Vertreter der deutschen Interessen sind die Vertreter der Großkonzerne, der Kohlenlieferanten, der Konkurrenz-Transportunternehmungen vertreten. Die Liste wäre nicht vollständig, wenn nicht mitten unter den hohen Herren als Lakai ein Sozialdemokrat vertreten wäre. Das Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, der Ministerpräsident a. D. Kreishauptmann Buck in Dresden ist selbstverständlich Vertreter der deutschen Interessen im Aufsichtsrat. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrats ist ganz reaktionär, schreibt der „Vorwärts“, das Organ der Sozialdemokratischen Partei, die diesen Verwaltungsrat ermöglichte. Diese Bezeichnung trifft auch auf ihr Parteimitglied voll und ganz zu.

Als Vertreter der Interessen der ausländischen Kapitalisten fungiert der Staatssekretär a. D. Bergmann, Direktionsmitglied der Frankfurter Firma Speyer & Co. Diese Firma ist auf engste mit der New Yorker Firma Speyer, Elissen & Co. die interessierte wieder auf engste mit der New York-London-Pariser Firma Lazard-Brothers Ltd. verbunden ist. Diese Gliederung ist Vertreterin der Rockefeller-Interessen.

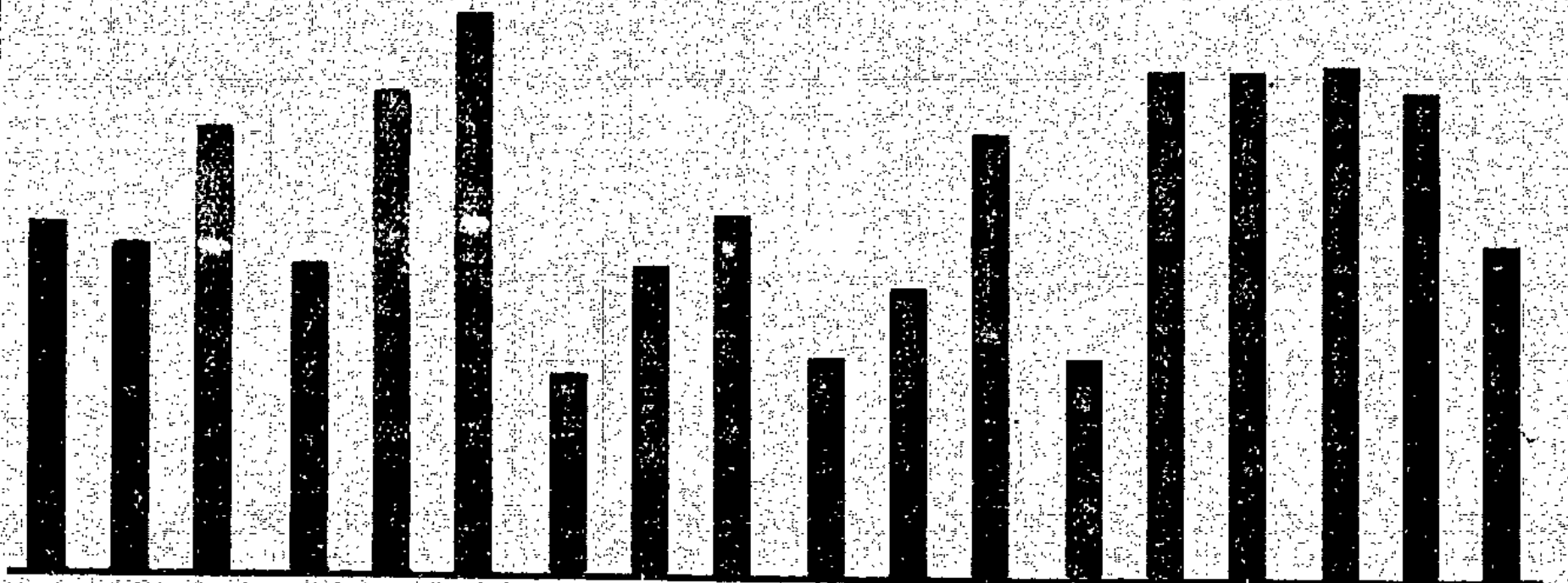
„Preisabbau.“

Es kosteten in Berlin per Pfund in Mark:

	1914	1. Juli 1924	10. Okt. 1924
Rindfleisch	0,85	0,80	1,10
Schweinefleisch	0,90	1,40	1,60
Roggenbrot	0,14	0,14	0,19
Weizenmehl	0,20	0,18	0,26
Vollmilch	0,22	0,26	0,35
Schellfisch	0,28	0,45	0,50
Kochzucker	0,23	0,36	0,42
Butter	1,30	1,70	2,60

	1914	1. Juli 1924	10. Okt. 1924
Eier	0,07	0,13	0,18
Reis	0,25	0,30	0,35
Erbsen	0,20	0,24	0,32
Briketts (1 Zentner)	1,05	1,55	1,45
Straßenbahnfahrt	0,10	0,15	0,15
Wohnung (2 Zimmer)	35,00	21,70	23,70
Konfektionsanzug	25,00	60,00	60,00
Herrenstiefel	10,60	15,00	15,00

1 Pfd. Weizenmehl:			1 Pfd. Schweinefleisch:			1 Pfd. Kochzucker:			1 Pfd. Butter:			1 Konfektionsanzug:			1 Laib Brot zu 50 Pf. wog in Berlin:		
1914	1. VII. 1924	10. X.	1914	1. VII. 1924	10. X.	1914	1. VII. 1924	10. X.	1914	1. VII. 1924	10. X.	1914	1. VII. 1924	10. X.	1914	1. VII. 1924	10. X.
20	18	26 Pf.	80	140	160 Pf.	23	36	42 Pf.	130	170	260 Pf.	25	60	60 M.	2000	1900	1350 g
(1 Pfennig = 2 mm)			(10 Pfennig = 4 mm)			(1 Pfennig = 1 mm)			(10 Pfennig = 2 mm)			(1 Mark = 1 mm)			(100 g = 3 mm)		



Und Eure Löhne?

Weiter ist Vertreter der Rockefeller-Interessen der Präsident der Hamburger Handelskammer, Münchmeyer, der Mitglied des Aufsichtsrats der Hamburg-Amerika Linie ist, die aufs engste mit dem Harriman-Trust verbunden ist. Dieser seinerseits ist ein Teil des Rockefeller-Konzerns.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats ist im übrigen rechtswidrig. Es fehlen die Vertreter der Angestelltenschaft. Die deutsche Reichsbahn ist eine Aktiengesellschaft geworden, wie jede andere auch. Infolgedessen müssen auch Vertreter der Arbeiter, des Betriebsrats, in den Aufsichtsrat der Gesellschaft geschickt werden.

Die Zusammensetzung zeigt deutlich: Vertreter der Großkonzerne, die meisten mit ausländischen Gruppen eng verbunden, bestimmen das Schicksal der Reichsbahn und ihrer Beamten. Eine treffende Illustration, wer in Wirklichkeit die Herrschaft in Deutschland ausübt.

welche sich der Gesellschaft angliedern wollten — abgaben. Das Ergebnis war natürlich, daß der Anteil der alten Aktionäre am Besitz des Unternehmens sank — nach den Berechnungen des „Berliner Tageblatts“ durchschnittlich um 37 Prozent. Bei der Goldumstellung des Kapitals wird dieser Verlust natürlich festgehalten.

Darüber hinaus ergibt sich aber Gelegenheit zu neuen Gewinnen für die Konzerne, die die Gesellschaften in ihre Hand bringen wollen. Vielfach haben sie es verstanden, sich feste Forderungen an das Unternehmen, Obligationen usw. zu sichern, die natürlich nicht herabgesetzt werden können, sondern unverändert bleiben — während das Aktienkapital vermindert ist. Sie können sich nun weiter diese Forderungen ohne weiteres durch Abgabe eines Teiles der Aktien ablösen lassen: je stärker die Zusammenlegung des Kapitals, je geringer also der Wert der einzelnen Aktie, desto größer ist natürlich der Anteil am Kapital, den die Verwaltungsräte und ihre Auftraggeber dabei erhalten. Vielfach geht man aber noch darüber hinaus und benutzt die Goldumstellung zur Ausgabe von neuen Aktien, die teilweise als „Verwertungsaktien“ in der Hand der Verwaltung — also der Verwaltungsräte — bleiben, teilweise den alten Aktionären angeboten werden. Da aber bei der heuligen Geldknappheit die alten Aktionäre nur in seltenen Fällen ihre neuen Aktien übernehmen können, bleibt der Rest im Depot der Gesellschaft liegen und dient dazu, den Einfluß der Konzernvertreter im Verwaltungsrat gegen die Einzelaktionäre zu stärken.

Die Goldbilanzen.

R. G. Nach der dritten Steuernotverordnung müssen die in der Inflationszeit „verwässerten“ Aktien durch Umstellung auf Goldmark auf ihren wirklichen Wert zurückgeführt werden. Diese Umstellung gibt nun begreiflicherweise Gelegenheit zu mannigfachen Schwindel. Im allgemeinen wird das Aktienkapital viel stärker vermindert, als es dem Sachwerte der Unternehmungen entspricht. Das „Berliner Tageblatt“ stellt die bisher veröffentlichten 99 Goldmarkbilanzen zusammen: das Gesamtkapital dieser Gesellschaften, das im Frieden 652 Millionen Mark betrug und in der Inflation auf 5586 Millionen erhöht wurde, wurde jetzt auf 561 Millionen — also 15 Prozent unter dem Friedenswert — herabgesetzt — trotz der gewaltigen Erweiterung des Produktionsapparates. Dies letztere geben die Leistungen der Gesellschaften auch ruhig zu — behaupten aber, daß dieser Produktionsapparat die Absatzmöglichkeiten weit übersteige und darum nicht voll ausgenutzt werden könnte; man müsse seine tatsächliche Entwertung bei der Kapitalumstellung berücksichtigen. Aber selbst bürgerliche Blätter erklären, daß die neuen Goldkapitalien trotzdem weit unter dem wirklichen Wert der Unternehmungen liegen. Und das hat seine guten Gründe.

Zunächst wird die Steuerbehörde übers Ohr gehauen. Von dem geringeren Kapital sind natürlich auch kleinere Steuern zu zahlen — und ebenso wird die Belastung mit den neuen Industrieobligationen entsprechend kleiner. Der Hauptschwindel geht aber auf Kosten der Aktionäre, soweit sie nicht im Verwaltungsrat sitzen.

Während der Inflationszeit war es üblich geworden, wenn eine Gesellschaft neues Kapital benötigte, das Aktienkapital zu erhöhen und die „jungen Aktien“ gegen entsprechende Zuschußzahlung an die bisherigen Aktionäre abzugeben. In den späteren Stadien der Geldentwertung, etwa seit 1921, stiegen die Kurse tief unter dem Substanzwert der Unternehmungen: die Ausgabe neuer Aktien brachte den Gesellschaften fast gar kein neues Kapital, kostete den Erwerbenden fast nichts — brachte ihnen aber dafür Einfluß auf die Leitung des Unternehmens und Anteil am Gewinn. Nun wurde es üblich, daß die Verwaltungs- und Aufsichtsräte der Unternehmungen die „jungen Aktien“ nicht an die Aktionäre abgaben, sondern für sich behielten, bzw. sie an „Geschäftsfreunde“ des Unternehmens — gewöhnlich Konzerne,

Zur Konzentrationsbewegung in der Elektroindustrie.

Eine Uebersicht des „Börsen-Couriers“ gibt ein Bild über die neue Konzentration der Elektroindustrie. Die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, die zum Kreis der AEG gehört, hat sich an den Golpawerken Elektrizitäts A. G. stark interessiert.

Es ist charakteristisch, daß gerade in der Zeit der Krise mehr denn je die Auslandsunternehmungen, vor allem die Handelsunternehmungen ausgebaut werden. So hat die AEG in Holland ihre Vertriebsgesellschaft für elektrotechnische Artikel für Holland und Uebersee ausgebaut, die Internationale AEG, Elektrizitäts-Mattschapp. Ein ähnliches Unternehmen hat sie mit der ihr sehr nahe stehenden Otto Wolff & Co. in Konstantinopel gegründet. Der gesamte AEG-Konzern, zu der auch Linke-Hofmann und die Oberschlesischen Kokswerke gehören, hat in Belgrad die technische Handels-A.G. gegründet.

Als Fabrikationsanlage errichtet sie in Brünn gemeinschaftlich mit ihrer Wiener Gesellschaft, der AEG-Union, eine große elektrotechnische Fabrik; ebenso beabsichtigt sie in Lettland, in der Nähe von Riga, ein Kraftwerk zu bauen.

Die zum Stinneskonzern gehörende Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk A. G. hat enge Beziehungen zu dem Isolierwerk Fröndenberg angeknüpft, ebenso hat sie das gesamte Hochspannungswerk des Solinger städtischen Elektrizitätswerkes angekauft. Daneben sind eine Reihe anderer Werke zu nennen, die in letzter Zeit in enge Beziehungen getreten sind.

Das Großdampfwerk Franken ging mit der Rhein-Main-Donau A. G. eine Interessengemeinschaft ein, um die notwendigen Kapitalien zum Ausbau der Maschinenanlagen zu gewinnen. Die Elektrizitäts-A. G. verstärkte wesentlich ihren Aktienbesitz an der Sächsischen Elektrizität und Straßenbahn-A. G., die Iuswerke J. Rilling & Söhne, Duffingen, nahmen das gesamte Vermögen der Elektrowerke Gebr. Rilling A. G. in sich auf. Auf dem Elektrizitätswerk Westfalen beteiligte sich die Stadt Münster nebst einer Reihe neu an das Stromnetz angeschlossener Gemeinden. Die Elektra A. G. erwarb Anteile an der Kraftwerke Freital A. G., der Sächsischen Luftverkehrs A. G., der Treuhand A. G. Leipzig, und der Elektrochemischen Gesellschaft m. b. H. in Hirschfeld. Die „Gesfilrol“, die wie erwähnt, sich jetzt an den Volta-Werken beteiligt, entsandte Mitte des Jahres in die A. G. für Gas, Wasser und Elektrizitätsanlagen Berlin einen Vertreter in deren Aufsichtsrat. Nach dem Auslande erweiterten sich neben der AEG die Frankfurter Firma Beer Sondheim & Co., die sämtliche Aktien der norwegischen elektrischen Metallindustrie A. G. von der Bremanger Kraftgesellschaft A. G. ankauften und eine Konzession zur Ausnutzung von 6000 PS des Sarntos erhielt.

Das proletarische Existenzminimum

der Woche vom 5. bis 11. Oktober

beträgt

65,21 Mark

gegenüber

63,54 Mark der Woche vom 28. September bis 4. Oktober.

Die Verteuerung der Lebenshaltung ist zurückzuführen auf die Preissteigerung für Mehl, Brot und Kartoffeln.

Wirtschaftliche Rundschau

Privatverhandlungen der deutschen und französischen Schwerindustrie.

In der letzten Zeit haben erneut Verhandlungen zwischen deutschen und französischen Industriellen wegen Austauschlieferungen von Koks und lothringischen Mineraleisen stattgefunden.

Beide Teile sind aufeinander angewiesen: die deutsche Schwerindustrie braucht die französischen Erze (die allerdings durch englische Einfuhr ersetzt werden können) und muß ihren Koks in Lothringen absetzen; die lothringische Schwerindustrie braucht die deutschen Kohlen und kann ihre Erze — wenigstens wenn die Produktionsmöglichkeiten voll ausgenutzt werden, kaum außerhalb Deutschlands absetzen. Nachdem der Versuch, durch die Ruhrbesetzung die Vereinigung von Kohle und Erz durchzuführen, am Widerstand des durch die neue Trustbildung bedrohten englischen und amerikanischen Kapitals gescheitert war, haben die Franzosen sich auf dem Weg der „friedlichen“ Verhandlungen hingedrängt. Der Vorsitzende der lothringischen Handelskammer, H. de Wendel, erklärte letzthin selbst:

„Indem man mit der Reparationsleistungsfrage diejenige der Versorgung der Hüttenwerke allzuing verküpfelt, hat man den letzteren einen sehr schlechten Dienst erwiesen; mit Erleichterung wird die lothringische Industrie ihre Handelsfreiheit wieder aufnehmen.“

Die beiden Bezirke ergänzen sich durch ihre Montan-Hilfsquellen: jedes der beiden Becken kann, indem es dem anderen die Rohstoffe verweigert, welche es im Uebermaß besitzt, ihm Eintrag tun, aber es schädigt sich gleichzeitig hierdurch selbst. Es waren nicht die Kreise der lothringischen Industrie, welche diese Wahrheit verkannt haben, aber zweifellos war der Erfahrungsbeweis notwendig, um gewisse in der öffentlichen Meinung (Frankreichs) verbreitete Irrtümer zu zerstreuen. Dies (nämlich das Scheitern der rein militärischen Methoden) ist heutzutage eine vollendete Tatsache, und die Zweckmäßigkeit des Austausches von lothringischem Erz gegen westfälischen Koks wird nicht mehr bestritten.“

Demgemäß schreibt auch die „Deutsche Bergwerkszeitung“:

„Aus den bisher mit den lothringisch-französischen Industriellen gepflogenen Verhandlungen ergibt sich, daß die lothringisch-französische Industrie in Zukunft aller Voraussicht nach vollständig frei in ihrem Koksbezug bzw. Koksverkauf werden will und vermöcht werden wird. Die Reparationskommission bzw. die französische Verteilungsstelle würde, soweit der Koksbezug der lothringisch-französischen Industrie in Betracht kommt, ausgeschaltet werden. Den deutschen Zechen bzw. Kokereien würden 2/3 der gesamten Menge durch den Transferschluß bezahlt werden, während 1/3 von den französischen Industriellen Werken den deutschen Kokslieferanten direkt vergütet würden. Es handelt sich bei dieser Regelung ausschließlich um Koks, und zwar um eine monatliche Gesamtmenge von rund 300 000 t allein für die französische Industrie.“

So haben sich denn auch tatsächlich, wie die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 9. d. M. mitteilt, die lothringischen Industriellen bereit erklärt, der rheinisch-saarländischen Industrie Mianette zu ermäßigten Preisen zu liefern, wenn sie im Austausch dafür billigen Koks erhält. Die billigen Preise, die die beiden Parteien einander zugehen, werden natürlich durch höhere Preise für alle anderen Abnehmer, also vor allem für die Fertigungsindustrie des eigenen „Vaterlandes“, weitgemacht werden. Die Konkurrenzfähigkeit der „heimischen“ Fertigungsindustrie wird dadurch natürlich vermindert — aber das kann den Stianespaten nicht gleichgültig sein. Ja sie wollen die deutsche Fertigungsindustrie direkt erfür, indem sie die französische Einfuhr freigeben — wenn nur dafür Frankreich ihrer eigenen Ausfuhr keine Schwierigkeiten bereitet. So ist es ganz richtig, wenn de Wendel sagt:

Selbst für Fertigfabrikate erscheint es nicht unmöglich, einen Boden der Verständigung zu finden; der Handel und die verarbeitende Industrie Süddeutschlands sind jederzeit durch die Werke Lothringens, Luxemburgs und des Saargebietes versorgt worden; nicht ohne große Unruhe werden sie sich dieser Bezugsquellen beraubt sehen. Andererseits, wenn die Werke dieser 3 Bezirke nicht mehr einen Teil ihrer Produktion nach Deutschland absetzen können, müssen sie ihn insgesamt auf die Auslandsmärkte ergießen; Deutschland seinerseits wird, aus Gründen seiner Afgemeinwirtschaft, bedeutende Mengen ausführen müssen. In Anbetracht dessen wird der Abschluß internationaler Eisenvereinbarungen für die Ausfuhr auf große Schwierigkeiten stoßen; die Verlängerung der zollfreien Einfuhr lothringischer, luxemburgischer und saarländischer Kontingente nach Deutschland ist zweifellos die notwendige Bedingung solcher Vereinbarungen. Herr Snowden hat sich noch nicht über diese Wahrheit Rechenschaft gegeben, aber wir sind überzeugt, daß unsere englischen Kollegen bei der Prüfung dieser Frage nicht dieselbe Schroffheit wie ihre Minister bekunden würden.“

Es handelt sich bei den Verhandlungen der deutschen und lothringischen Schwerindustrie aber noch um mehr. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt, daß in dem großen Rahmen der gegenwärtigen privaten Verhandlungen noch viel weitergehende beiderseitige Interessenfragen eine ausschlaggebende Rolle spielen. Es sei hier nur die Handelsfrage der lothringischen Eisenerzeugnisse, sowie die Frage der Syndizierung kurz erwähnt.“

Es geht also tatsächlich um den deutsch-französischen Trust.

Die „Privatverhandlungen“ bedeuten aber zugleich eine Durchkreuzung der offiziellen, welche die deutsche Regierung gegenwärtig in Paris über den neuen Handelsvertrag führt. Bei diesen Verhandlungen fordert die französische Regierung Einfuhrfreiheit für eisensichtige Waren nach Deutschland, was für die deutsche Textilindustrie eine schwere Gefahr bedeutet, will aber zugleich die Einfuhr deutscher Maschinen usw. nach Frankreich durch hohe Zölle unterbinden. Die einzige wirtschaftliche Waffe, die Deutschland dagegen hat, ist die Angewiesenheit Frankreichs auf die deutsche Kohlenzufuhr (die in den ersten 7 Monaten dieses Jahres mit 27 Millionen Fr. mehr als die Hälfte der auf 120 Millionen geschätzten Gesamtzufuhr betrug) und auf den deutschen Absatzmarkt für seine Erze. Beides erhält Frankreich durch die „Privatverhandlungen“ der Schwerindustrien zugesichert — wozu soll es da noch des deutschen Regierungserzürern Konzessionen im Interesse der deutschen Fertigungsindustrie machen? In der Sprache der von den deutschen Schwerindustriellen finanzierten Presse nennt man das einen „Dolchstoß für das eigene Vaterland“ — Dafür aber blüht der Profit.

Volksausplünderung hüben und drüben.

Der Zuckerwucher.

Die Regierung hat die Ausfuhr von Verbrauchszucker, die bisher noch beschränkt war, ganz freigegeben. Von jetzt ab also kann Zucker unbeschränkt ins Ausland exportiert werden. Von jetzt ab können die Inlandspreise für Zucker unbegrenzt in die Höhe gewuchert werden — ganz nach dem Muster der Getreidepreise, die Kanitz durch die Öffnung der Grenzen um fast 100 Prozent erhöht hat.

Die Kornpreise steigen wieder.

Die Getreidepreise, die auf kurze Zeit zurückgegangen waren, sind an der Berliner Börse gestern wieder um 6 M. gestiegen.

Weizen kostete 221—229 M. statt 215—223 M. am 13. Oktober, Roggen 222—228 M. statt 216—222 M.

Die Teuerung in Frankreich.

Genau wie in Deutschland die Volksmassen von den Großkapitalisten, Großhändlern und Großagrariern ausgewuchert werden, werden in Frankreich die werktätigen Massen von ihren kapitalistischen Herren und Großwuchern ausgeplündert.

Der amtliche französische Großhandelsindex ist, unter Annahme der Grundzahl 100 für den Juli 1914, von 491 Punkten Ende Juli auf 487 Punkte Ende August, von 496 Punkte Ende September 1924 gestiegen.

Die Preisbewegung für Nahrungsmittel beträgt 436 Punkte Ende Juli, 431 Ende August, 440 Ende September. Pillauische Nahrungsmittel sind von 416 Ende Juli auf 425 Ende September, Fleisch ist von 423 Ende Juli auf 441 Ende September gestiegen.

Die Teuerung der Industriestoffe ergibt sich aus einer Steigerung von 539 Ende Juli auf 545 Ende August. An der Teuerung beteiligt sind vor allem die Textilien, die von den Industrie-

stoffen in erster Linie in den Massenverbrauch eingehen. Sie sind von 677 Ende Juli auf 704 Ende September in die Höhe gegangen.

Der Kleinhandelsindex für Paris betrug Ende September 374 gegen 366 Ende August.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat gegen den Preiswucher und die Teuerung eine scharfe Kampagne eingeleitet. Sie fordert als unmittelbare Abwehrmaßnahmen den Ankauf der Getreideernte durch den Staat, die Lieferung billigen Fleisches durch die Arbeitergenossenschaften und Gemeindeverkaufsstellen. Sie fordert weiter ausreichende Entlohnung — namentlich der Beamten, die in dem mit dem Linksblock Herriots beglückten Frankreich ganz besonders schandmäßig bezahlt werden.

Die Teuerung hüben und drüben ist nur der Ausdruck der gemeinsamen Ausplünderung der deutschen und französischen arbeitenden Massen durch ihre Fronvögel nach dem Programm des Dawes-Plans und der Londoner Beschlüsse. Die Kölner Konferenz hat in der letzten Woche die Beschlüsse der deutschen und französischen Proletariat festgelegt, nach denen hüben und drüben die Arbeiter kämpfen müssen gegen den Dawes-Plan für ausreichende Löhne, für ihre menschenwürdige Existenz.

Die Frankentwertung.

Zugleich mit der steigenden Teuerung in Frankreich beginnt, im Zusammenhang mit dieser, der Frank zu fallen. Nachdem sich der Preis für den Dollar längere Zeit hindurch zwischen 18,80 bis 19 Franken gehalten hat, ist in der letzten Woche eine Senkung des Franken bis 19,50 Fr. für den Dollar eingetreten. Zugleich hat sich der Notenumlauf der Bank von Frankreich um 114 Millionen Franken erhöht.

Das französische Budget weist ein Defizit von rund 2 1/2 Milliarden Fr. auf. Die finanzielle Lage Frankreichs ist unter Herriot genau so katastrophal wie sie unter Poincaré gewesen ist. Die arbeitenden Massen Frankreichs leiden durch die Teuerung unter Herriot genau so wie unter Poincaré.

Kampf um höhere Arbeitsleistung in Sowjetrußland.

Von Frida Rubiner-Moskau.

Seit dem Spätsommer dieses Jahres wird in ganz Rußland eine Kampagne für die Steigerung der Arbeitsleistung geführt, mit einer Wucht und einem Eifer, wie sie eben nur die Bolschewiki kennen, wenn es sich um die ureigene Sache des Proletariats handelt. Ein noch nicht zur herrschenden Wirtschaftsweise gewordener Kapitalismus, eingesetzt auf rasche Akkumulation, mit einem rückständigen, künstlich in Barbarei gehaltenen Proletariat — das war das Erbe des Zarismus, imperialistischer Krieg, Bürgerkrieg, Biokade, Mangel an Werkzeugen, Sabotage von seiten der Bourgeoisie und Fachleute, Abnutzung der Maschinen, Erschöpfung der Arbeiterschaft — all das war nicht dazu angetan, die Leistungsfähigkeit der Industrie zu heben. Die Frage der Arbeitsproduktivität wurde aber jetzt sehr akut, wo Rußland beim Aufbau seiner Wirtschaft ist. Der subjektive Faktor, die Arbeitslust und -fähigkeit des Proletariats ist nicht allein ausschlaggebend, wo es sich um verbrauchte Maschinen und zum Teil noch rückständige Arbeitsmethoden handelt, aber das russische Proletariat hat in den sieben Jahren Revolution viel gelernt und ist zu sehr gewachsen, als daß es als Klasse sich nicht seiner jeweiligen Aufgabe bewußt wäre. So ist die Kampagne zur Hebung der Arbeitsproduktivität zur revolutionären Aktion geworden.

Wie wird diese Kampagne in Sowjetrußland durchgeführt?

Der amerikanische Kapitalismus hat den Taylorismus erfunden, einen Gipfel wirtschaftlicher Leistung, um raffiniert, mit Mathematik und Biologie, aus dem Arbeiter das Letzte an Arbeit herauszupressen, zu der ihn der liebe Herrgott befähigt hat. Da wird der Arbeiter zum willenlosen Anhängsel der Maschine, die das Arbeitstempo bestimmt. Das Rußland der Arbeiter und Bauern kann mit dem amerikanischen Taylorsystem nichts anfangen (höchstens daß einige wissenschaftliche Erfahrungen unter Aufhebung ihrer kapitalistisch-klassenmäßigen Anwendung von ihm übernommen werden); dafür aber setzt sich die Arbeiterklasse selbst mit ihrer ganzen Kraft ein, weil die Industrie dem Arbeiterstaat, d. h. also der Arbeiterschaft selber gehört.

Die Kampagne wurde von der kommunistischen Partei mit Hilfe der Gewerkschaften und der Wirtschaftsorgane des Staates eingeleitet. Die Presse, die Bildungsinstanzen, die Technik, ja die bürgerlichen Fachleute, unterstützen diese Dameraktion. Mit eiserner, rein bolschewistischer Offenheit werden die Mängel der Produktion bloßgelegt. Es wird zum Teil mit vorläufigen Methoden gearbeitet. Die Arbeit läßt an Exaktheit und Genauigkeit viel zu wünschen übrig; es fehlen exakte Instrumente. Ferner: wenn jeder Arbeiter täglich nur fünf Minuten zu spät anfängt — Welch ein Verlust im Jahre! All diese Erscheinungen werden jetzt von roten Direktoren und Arbeitern in den Zeitungen betrieblen und in Versammlungen besprochen. Wie kann Abhilfe geschaffen werden?

Dazu appelliert man an die Arbeiterschaft selber.

Eine neue Form der Produktionspropaganda sind die sog. „Produktions-Konferenzen“, die im letzten Jahre in allen Betrieben veranstaltet wurden. In diesen Konferenzen lernt der Arbeiter die Technik und Wirtschaft seines Betriebes genau kennen und wird somit an seinem Betriebe noch mehr interessiert. In Betrieben selbst gibt es besondere Abteilungs- oder Werksstättenkommissionen, die sich aus einem Spezial-Delegierten des Betriebsrats (Fabrikkomitee), einem Mitglied der Gewerkschaft, den Abteilungsorganisatoren der kommunistischen Partei, des Arbeiterkorrespondenten der Presse, auch einen Vertreter der sog. „Wissenschaftlichen Organisation der Arbeit“ usw. usw. zusammensetzen. Diese Kommissionen stehen in engem Kontakt mit der Betriebsleitung und arbeiten Hand in Hand mit ihr. Es werden besondere Zirkel ausgearbeitet, an denen Hand- und Kopfarbeiter teilnehmen, zum Studium der Produktion und zur Anbahnung besserer Arbeitsmethoden.

Ein Beispiel: Die im Bau begriffene riesige elektrische Kraftanlage am Wolchowflusse (120 Km. von Leningrad), an der

12 000 Arbeiter beschäftigt sind, hat 11 solche Zirkel organisiert, damit der „Wolchow-Bau“ (von Lenin ins Leben gerufen) bis 1925 fertiggestellt werde. Daneben wird die Frage der Arbeitsqualifikation in den Vordergrund gerückt, eine Frage, die ihrerseits mit dem Kulturniveau und den ganzen Lebensbedingungen des Arbeiters aufs engste verknüpft ist. So wird in die Kampagne zur Hebung der Arbeitsproduktivität der ganze Umkreis der Arbeiterfragen, einschließlich der Wohnungsverhältnisse und des Kirchenbesuches, hineinbezogen. Alle Fragen der Produktion werden in Verbindung mit dem Leben des Arbeiters neu aufgerollt.

Es erübrigt sich zu sagen, daß diese ganze Propagandaarbeit unter Leitung der KPR steht. Der kommunistische Jugendverband (der sich neuerdings der Leninische KJV nennt) hat sich ganz in den Dienst dieser Sache gestellt. Die Jugendgenossen gehen in den Betrieben in der Arbeitsleistung voran; sie geben ein Beispiel sorgfältiger Behandlung der Werkzeuge und Materialien, der Ausnutzung der Zeit usw. Von den Betriebszellen der Jugend geht vielfach die Initiative der Produktions-Konferenzen aus.

Daß der Erfolg dieser ganzen Kampagne nicht ausbleiben wird, zeigen jetzt schon einige Daten. Der Direktor der ersten staatlichen Karpowschen Chemiewerke von Odessa berichtet in der „Prawda“:

„Vor Einführung der Produktionskonferenzen entfiel in der Schwefelsäure-Abteilung auf je einen Arbeiter 34,5 Pud am Tag jetzt — 47 Pud (1 Pud = circa 16 Kilo). Die Ersparnis an Rohmaterial beträgt 10 Prozent.“

Ähnliche Beispiele kann man zu Dutzenden in der gesamten Arbeiterpresse lesen.

Der russische Arbeiter galt schon vor dem Krieg als rückständig in der Arbeitsproduktivität. Während der ersten Revolutionsjahre, als der russische Proletariat mit leerem Magen von tausend Feinden bedroht, an der Drehbank stand, konnte die antibolschewistische Presse grinsend berichten, wie tief die Arbeitsleistung da drüben gesunken sei (wer denkt da nicht an den „Vorwärts“!). Auch jetzt beträgt die Arbeitsproduktivität mitunter nur 30 bis 40 Prozent derjenigen der Vorkriegszeit. Nun tritt ein Wendepunkt ein. Der revolutionäre russische Proletariat streift die Züge aus der Sklavzeit ab, die man so lange für ein nationales Merkmal hielt. Ebenso wie der russische Proletariat an Klassenbewußtsein seinen weit gebildeteren westlichen Bruder überflügelt hat, so wird er bald auch in seiner Arbeitsleistung nicht nur den westeuropäischen Arbeiter gleichstellen, sondern ihn überholen. Gen. Bucharin hat einmal das Wort von Rußland als dem kommenden „proletarischen Amerika“ geprägt. Die Kampagne für die Hebung der Arbeitsproduktivität ist ein Beispiel dafür, mit welchen Mitteln das revolutionäre Rußland zum wirtschaftlich fortgeschrittenen Amerika wird.

Die Staatseinkünfte der Sowietunion im dritten Vierteljahr 1923/24.

Nach vorläufigen Buchführungsangaben über den Staatsetat der RSFSR für das dritte Quartal ergaben die staatlichen Einkünfte folgende Summen:

Die Gesamthöhe der Einkünfte betrug 11.809,9 Tausend Rubel, was gegenüber den erwarteten 8.254 Tausend Rubeln einen Überschuß von 3.554,1 Tausend Rubel darstellt, so daß der Aktivteil des Budgets zu 143,7 Prozent durchgeführt worden ist. Von besonderem Interesse ist, daß der Haushaltsplan in bezug auf die staatlichen Industrie- und Handelsunternehmungen fast ganz durchgeführt ist. Die Einkünfte aus diesen betragen 1.867,8 Tausend Rubel, was 99,96 Prozent der erwarteten Summe darstellt. Bedeutend über den Vorschlag gingen die Einkünfte aus Zöllen und Gebühren hinaus. Sie betragen 2.094 Tausend Rubel, was 286,9 Prozent des Erwarteten beträgt. Von der Gesamtsumme der Einkünfte dieses Vierteljahres entfallen 62,30 Prozent nicht auf Steuereinkünfte.

Auf zum gemeinsamen Kampf.

Von L. O. Star.

Uebersetzt aus dem Polnischen von Anna B.

Das internationale Kapital wußte genau, was es tat, als es durch die Grenzziehung in Oberschlesien den lebendigen Körper dieses Industriegebietes in zwei Glieder teilte. Es handelte sich dabei in dem Augenblicke nicht allein um die Verkleinerung der imperialistischen Organe, sondern mehr darum, einen der ausschlaggebendsten und lebendigsten Revolutionsherde Europas zu zer schlagen. Vom Augenblick der Grenzfestlegung und Grenzziehung der neuen Grenzen durch den Industriebezirk, teilte der Kapitalismus die bis dahin einzige Arbeiterschaft Oberschlesiens in Deutsch- und Polen und spielte sie gegeneinander aus.

Die Klassenerkenntnis des Proletariats reicht aber bis zu heutigen Tage noch nicht aus, um sich über die gezogenen Grenzpfähle hinwegzusetzen und um einer Trennung des ober-schlesischen Proletariats in Deutsche und Polen zu begegnen. Diese Erkenntnis muß das Proletariat beider Teile Oberschlesiens so schnell wie möglich in sich aufnehmen. Ohne diese Erkenntnis ist unmöglich die Zusammenfassung der deutsch- und polnisch-oberschlesischen Arbeiter, welche die Brücke darstellen soll zum einheitlichen Kampf des deutschen und des polnischen Proletariats im gesamten gegen die Offensive des internationalen Weltkapitals.

Im April kämpfte das polnisch-oberschlesische Proletariat vergeblich um die Erhaltung der 7 1/2 Stunden des Lichts im Bergbau, weil die Arbeiter Deutsch-Oberschlesiens nicht zu seiner Hilfe eilten. Im Mai kämpfte das deutsche Proletariat um die Erhaltung des Achtstundentages. Als aber die Arbeiter Polnisch-Oberschlesiens nicht aktiv eingriffen zur Unterstützung der deutsch-oberschlesischen Arbeiter und die 21. Kommission der revolutionären Betriebsräte Polnisch-Oberschlesiens versagte zum Kampfe aufzuziehen, war die Niederlage des deutschen Proletariats bereits Tatsache. Das deutsche Proletariat lag geschlagen am Boden.

Eine ähnliche Niederlage widerfuhr dem polnischen Proletariat, als es sich einige Wochen später gegen die Beilegung des Achtstundentages, für die Wiederheroberung der 7 1/2 Stundenlicht im Bergbau einsetzte. Der Achtstundentag war also von den beiden Staaten, Deutschland und Polen, durchbrochen. Die Offensive des Weltkapitals hatte einen Erfolg. Sie kann weitergehen.

Die Zentralisierung des Kampfes in den beiden Ländern um die

Wiedereroberung des Achtstundentages.

Das ist der Weg, mit dem die Offensive des Kapitals gebrochen wird. Das ist aber zugleich auch der Wegweiser der sozialen Revolution.

Diesen Weg gilt es, mit allen Mitteln vorzubereiten.

Am 18. Oktober läuft der dreimonatliche Schiedsspruch über die Beilegung des Achtstundentages in Polnisch-Oberschlesien ab. Die ober-schlesischen Kapitalisten bemühen sich eifrig in Warschau, eine Verlängerung dieses Schiedsspruches zu erreichen, nicht nur allein für die Arbeitstagarbeit, sondern auch für den Bergbau. Dem Proletariat Polnisch-Oberschlesiens steht also ein neuer Kampf bevor.

Seine revolutionäre Führung, die 21. Kommission der Betriebsräte, hat man ins Zuchthaus gesperrt aber die

Kommunistische Arbeiterpartei Polens

versucht alles, um den Kampf um die Wiedereroberung des Achtstundentages zu mobilisieren. In diesem Augenblicke muß auch das Proletariat Deutsch-Oberschlesiens seine Gedanken darauf konzentrieren, den Kampf um höhere Löhne und den Achtstundentag in Deutsch-Oberschlesien aufzunehmen. Die kommunistische Partei Deutschlands muß alles versuchen, um diesen Kampf aktiv zu unterstützen. Einig und geschlossen muß der Kampf gegen die Offensive des internationalen Kapitals geführt werden. Es ist höchste Zeit, alle nationalen Gefälligkeiten und Gegensätze nicht nur auf dieser, sondern auch auf jener Seite zu begraben, damit dieser Kampf ein wirklich einheitlicher wird.

Die Zentralisierung des Kampfes um die Wiedereroberung des Achtstundentages in Polnisch-Oberschlesien, das ist der sicherste Weg, der Zusammenfassung des deutschen und polnischen Proletariats zum Kampf gegen die Offensive des Kapitals, das ist der sicherste Weg zum Sturze des Kapitals.

Auf zum Kampfe!

Für die internationale Einigung.

Reichstagskongreß der ausgeschlossenen Bauarbeiter.

In Leipzig tagte vom 14. bis 18. September der zweite Reichstagskongreß der ausgeschlossenen Bauarbeiter. Der Verband der ausgeschlossenen umfaßt alle diejenigen Bauarbeiter, die auf Grund der Erhaltungsmethoden der Bürokratie aus dem Deutschen Bauarbeiterverband hinausgedrängt wurden. Er hat zurzeit 25 000 Mitglieder, die durch 31 Delegierte vertreten waren. Der Verband hat, wie aus dem Geschäftsbericht hervorgeht, schwere Zeiten durchgemacht. Während der Militärdiktatur wurden die Vereine verboten, Leipzig, Aue und Halle verboten und die Büroräume beschlagnahmt. In Sachsen waren Hunderte der besten Funktionäre verhaftet und viele sitzen heute noch hinter Gittern. Das Verbandsorgan war während der Verbandsperiode drimal verboten.

Der Verband hat in Gemeinschaft mit der Opposition im Bauarbeiterverband, besonders bei den letzten Kämpfen der Bauarbeiter um den Achtstundentag, überall die Initiative ergriffen.

Die Hauptaufgabe des Reichstagskongresses bestand darin, weitere Möglichkeiten zur Verstärkung der Kampffront der Bauarbeiter zu suchen und vorzubereiten. Der Kongreß beschloß mit 21 50 gegen 2800 Stimmen, daß der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter sich in allen Kräfte einzusetzen hat für die Weltereinigung aller Bauarbeiter in einer Organisation. Gegen Erhaltungsmethoden der Bürokratie in der Bauarbeiter-Internationale wurde scharfer Protest erhoben und eine Entschiedenheit angenommen, in der die Einberufung einer internationalen Konferenz der Bauarbeiter aller Länder zur Organisierung des Kampfes gegen die Erhaltungsmethoden gefordert wird.

Einer scharfen Entschlossenheit zog der Reichstagskongreß gegenüber der Schlußfolgerung. Der Berliner Verein, der von den Schlußfolgerungen in breinflussig wird, wurde beauftragt, bis zum 15. Oktober aus dem folgenden Artikel der selbständigen Verbände auszutreten und sich dem Roten Kartell der revolutionären Gewerkschaftler Berlins anzuschließen. Einstimmig wurde der folgende Beitrag des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter zur 'Roten Hilfe' in Verbindung mit einer Protestresolution gegen die Klassenpolitik beschlossen.

Der zweite Reichstagskongreß des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter hat die Grundlagen für die weitere Arbeit der revolutionären Bauarbeiter in Deutschland geschaffen und den Weg zur Weltereinigung der internationalen gewerkschaftlichen Einheit der Bauarbeiter geebnet.

Betrieb und Werkstatt

Neue Ausbeutungsmethoden.

Die Firma Petersdorff in Breslau hat 11 ihrer Arbeiter entlassen, und davon 7 wieder für die Heimarbeit eingestellt. Im Betrieb bekommen die Arbeiter 10 Mark für ein fertiges Stück, im Heim nur 8 Mark. Diese Lohnrückermethode hat den Zweck, einen Lohnabbau des ganzen Betriebes zu bewerkstelligen. Wir fordern die Arbeiter der Firma Petersdorff auf, und noch eingehend über die Zustände in ihrem Hause zu berichten, damit wir diese „feine“ Firma vor der revolutionären Arbeiterschaft an den Pranger stellen.

Glaserie in einem modernen Betrieb.

Breslau.

Schäfer und Schaal ist eine Hütte, wo sich alle zusammengebrochenen Existenzen zusammenfinden.

St. vielleicht ein Kollege darunter, welcher ein bißchen geistig auf der Höhe ist, und dieser kommt bei irgendeiner Gelegenheit mit einem der Vorgesetzten zusammen und dieser merkt, daß der Kollege für einen anderen oder für sich selbst Rechte geltend machen will, welche ihm zustehen, so hat der Arbeiter mit diesem Moment verspielt. Er bekommt eine Arbeit, von der ihm buchstäblich das Blut unter den Fingernägeln und das Mark aus den Knochen hervorgeholt wird.

Wenn man das Arbeiten an den Rotkeßel und Bronzeblech sieht, kann einem ordentlich übel werden. Eine richtige Glaserarbeit. Schlimmer kann es nicht in der Glaserie oder Fremdenlegion zugehen, dergleichen auch an den Blechseilen und an den übrigen Legierungsteilen. Man wird in dieser Glaserie früher oder später epidehmisch. Die Blechkrankheit wird dort in Kürze zu einer Epidemie ausarten. Es ist festgestellt worden, daß in zweieinhalb Monaten 34 Blechkrankungen vorgekommen sind, bei einer Belegschaft von 300 Mann.

Am Sonnabend, den 4. Oktober, ereignete sich bei dieser Firma ein interessanter Fall. Man stellte einen Schloffer ein und betonte, zur Aushilfe von 3 bis 4 Wochen, evtl. auch länger. Als der Schloffer aber am Sonnabend seine Prozeduren haben wollte, flog er sofort auf die Straße. Aushalten und Maulhalten ist bei dieser Firma die Parole. Es wird bald umgekehrt kommen.



Die Wirkung einer guten Zellenzitung auf einen sozialdemokratischen Betriebsrat.

Öffentliche Konfektionsarbeiter-Versammlung.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband hatte für Dienstag, den 16. Oktober, eine öffentliche Konfektionsarbeiter-Versammlung einberufen. Dieselbe war gut besucht. Bezeichnend für die Einberufung der Versammlung war, daß man im Saal 20 Ordner, mit weißen Armbinden versehen, aufgestellt hatte. Zu dem Thema: Die Lohnpolitik der Arbeitgeber und die Kündigung der Konfektionsarbeiter in der Herren- und Dummikonfektion hatte man sich das Zentralleitungsmitglied Weiler vorbehalten. In zwei stündigen Ausführungen verurteilte der Redner das Vorgehen der Arbeitgeber und gebot scharf die Wut herleihen. Die wirtschaftliche Lage der Konfektionsarbeiter wird von den Herren behauptet, um die Arbeiter in der Herrenkonfektion weiter in ihren Einkünften zu schmälern. Die Arbeitergeber verlangen Verlängerung der Arbeitszeit, verschärft aber dabei, daß die Führer der SPD und der Gewerkschaften bereits der Verlängerung zugestimmt haben. Sie verlangen weitere Einschränkungen des Tarifs in der Stundenverrechnung, in den Serien, bei den Zeiten usw. Er geht auf die Zahlung der Reparationslasten und auf die Verbilligung der Produktion ein. Das letztere lasse sich erreichen durch eine vernünftige Rationalisation. Die Reparationslasten würden gerecht verteilt werden. Ein großer Irrtum, unerkelbbar, als er erklärte, daß bei dem jetzigen Tarif sich ein Alibi übernehme herausarbeiten lasse. Allerdings gibt es höchstens bei einer verlängerten Arbeitszeit. Der Redner sagte zum Schluß, daß die Unternehmer ausgezeichnetes Material besitzen, demgegenüber müssen auch die Arbeiter Material sammeln. Er fordert zur Organisierung der Konfektionsarbeiter auf. 25 000 Beschäftigten ständen nur 100 000 Organisierte gegenüber. In der Diskussion spricht als erster Redner Kollege Baal. Er weist zunächst auf den Zustand der Löhne in Breslau hin.

Die Arbeitergeber haben in den vertragsgestaltenden Arbeitnehmernorganismen willige Helfer gefunden.

Der Reichstagsvertrag sei nicht von sachkundigen Leuten gemacht. Breslau stehe mit seinem Stundenlohn an 22. Stelle. Selbst angelernte Berufe haben höhere Stundenlöhne. Vor dem Inkrafttreten des Reichstags stand Breslau über Stettin und Elberfeld. Die Löhne der Hilfskräfte sind nicht nach dem Reichstagsvertrag festgelegt. Die Löhne der Heimarbeiterrinnen sind unzugänglich und seit dem neuen Tarif verschlechtert. Bei der Firma A. W. B. habe der alte Verband zugunsten der Firma einen besonderen Tarif für die Heimarbeiterrinnen abgeschlossen. Die Serienverteilung bedeute für Breslau Verschlechterungen. Vor dem Reichstagsvertrag besaß Breslau drei, heute vier Serien. Breslau stand im alten Tarif mit den Konfektionsbetrieben Stettin, Elberfeld gleich. Der bessere Konfektionsbetriebe sei durch den Reichstagsvertrag verschlechtert. Redner berechtigt dieses an den verschlechterten Beispielen. Außerdem komme in Betracht, daß die Arbeitszeiten in Serie I und II bis 1 1/4 Stunden höher sind, ebenfalls das Stundenlohn um

5 Pfg. Der Zeitlohn in der Firma A. W. B. müßte nach der Berechnung der dortigen Größe 61 Pfg. betragen. In der Dummikonfektion hat der Bekleidungsarbeiterverband ebenfalls Beschlechterungen zugestanden. Auch dieses wird an Hand von Beispielen dargelegt.

Es darf nicht werden die Gleichstellung Breslaus mit den genannten Städten. Breslau sei heute teurer wie andere Wohnstädte. Das wöchentliche Existenzminimum beträgt für Breslau 68 Mark für eine vierköpfige Familie. Die angelegten hohen Verdienste bestehen nicht. Die große Arbeitslosigkeit müsse durch Verhandlungen unterbunden werden. Dazu haben wir schon eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht. Die Arbeiterschaft von Breslau müsse sich viel mehr um die Dinge kümmern, um damit selbst einen besseren Einfluss auf ihre Löhne zu bekommen. Verbesserung bleibe immer die Eingliederung in die gewerkschaftliche Organisation.

Die nachfolgenden Diskussionen Redner Köfker und Lotta gehen auf die angelegten Fragen nicht ein, beschließen sich vielmehr mit nebensächlichen Dingen. Die Redner behaupten, daß der Tarif für die Hilfskräfte heute besser sei, als wie der frühere Abschluß unter der Ägide Baal's. Hierzu muß gesagt werden, daß Baal ja gar nicht gesagt hat, daß der Tarif heute schlechter sei wie früher, sondern er hat ausgesprochen, daß ein Sonderlohn überflüssig ist, da ein Reichstagslohn besteht. Wenn bei den Löhnen der Heimarbeiterrinnen auf Verbesserungen von Seiten der Redner hingewiesen wurde, so ist das offensichtlich ein Schwindel. Die Löhne beider Kategorien sind nicht nach dem Reichstagslohn eingestellt. Von Nowak wird angeführt, Baal habe sich damit gebühret, daß unter seiner Regie ein solcher Tarif nicht zustande gekommen wäre, dagegen hat Baal erklärt, daß er seine Zustimmung zu einer solchen Regelung nicht gegeben hätte. Die angelegten Stundenlöhne von Breslau haben an sich nicht statt gegeben, dem Nowak möchte die Ausführungen, daß die angelegten Sätze bei Inkrafttreten des Reichstags noch nicht bestanden hätten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die angeführten Lohnsätze Ende Juni bereits bestanden haben. Der Reichstagslohn trat am 5. Mai in Kraft. Mit solchen Argumenten kann man doch wirklich nicht die niedrigeren Löhne der Konfektionsbetriebe rechtfertigen. Die weiteren angelegten Sachen wirken so kleinlich und geistlos, daß uns der Raum zur Überlegung zu schade ist. Im übrigen muß gesagt werden, daß die Sachhaltigkeit gegen die Ausführungen von Baal nicht gesagt werden konnte. Daß Baal nach den Ausführungen dieser Herrschaften nicht mehr zu Wort kam, darüber haben wir uns nicht gewundert. Jenige beantragte denn auch Schluß der Debatte. Die Versammlung beschloß demgemäß und löste sich dann, ohne erst das Schlußwort des Referenten abzuwarten, in Wohlgefallen auf.

Industrielle gegen die Textilarbeiter.

Während die Sozialdemokratie einen Scheinkampf gegen Agrarzölle führt, verschweigt sie daß wir seit Monaten Industriesölle haben, denen die SPD zugestimmt hat. Erst jetzt, wo eine neuerliche Zollerhöhung auf Textilwaren droht, rührt sie die Protesttrommel. Mit dieser Einseitigkeit, Andererseits-Zollpolitik offenbart die Sozialdemokratie und ihre Unfähigkeit, selbst das alte, demokratische sozialdemokratische Programm durchzuführen, geschweige denn, proletarische Forderungen.

Bibelkarle geht unter die Erwerbslosen.

Der ist besorgt und aufgehoben, Der Herr wird seine Diener loben.

Der dunkle Sinn dieser Worte trifft auch bei unserem gutbekannten Volksblattonkel Bibelkarle zu. Er hat allem Anschein nach nicht mehr die nötige Kraft entwickelt können in der Vertretung der SPD-Interessen und wie man uns zu trägt, solle er unter die Erwerbslosen gegangen sein. Der Hauptvorstand hat ihn laut Nachrichten nicht nur als Scheinredner abgelehnt, sondern auch seiner weiteren Funktionen enthoben. Man dürfte also gespannt sein, was Karliche hinter dem Bauzaun nun in nächster Zeit anfangen wird zu tun.

Köstlich war er, das muß man ihm lassen. Er hatte es wie nie ein anderer verstanden, seine Bibelworte zu verstehen. Nicht mit Unrecht behaupten Lächerungen, daß an ihm ein guter Karionikus verlorengegangen ist. Auch nicht mit Unrecht fühlte sich Karliche immer hingezogen zu seinen Genesensfreunden. Das Dreigespann

... - Schröder - Dronsch

ist ja jedem Kinde in Oberschlesien bekannt. Wir sind gespannt, wohin Onkel Bibelkarle sich nun jetzt wenden wird. Vielleicht läßt er sich eine Zonkur machen und geht unter die Missionsprediger. Das würde ihm an und für sich gar nicht übel stehen. Er könnte da sehr gut manchen Streit mit anderen wagen und sie sogar aus dem Sattel heben. Wenn ihm das aber nicht zulagt, na — dann wird nichts anderes übrig bleiben als wie — Karliche wird müssen unter die Erwerbslosen gehen. Darüber haben wir eine unbändige Freude, denn endlich einmal werden die Erwerbslosen bei ihren langen Standpölkchen vor den Wohlfahrtsämtern und Arbeitsnachweisen eine ausreichende Unterhaltung bekommen, denn Karliche hat das Zeug in sich, unterhalten zu werden.

Vielleicht kann es auch möglich sein, daß sich Karliche selbstständig etabliert, was ja nicht ausgeschlossen erscheint. Hat er doch erst vor kurzer Zeit geschrieben, wie goldene Zeiten Deutschland entgegensteht. Seine Artikel über diese Auffassung werden noch in allen Ornamenten in lebhafter Erinnerung geblieben sein. Hat er doch noch kurz vor der Wahl erklärt, wie kolossale Geschäfte amerikanische Kaufleute und Bankiers gedenken in Deutschland zu machen. Daß aber Karliche ein Opfer dieser Geschäftemacherei als Politiker sein wird, dies wird ihm doch wohl nicht eingfallen sein.

Ja, ja, auch Karliche hat als Mohr seine Schuldigkeit getan und kann nun gehen. — Der ist besorgt und aufgehoben — müssen schon heute manche mitleidigen Freunde seiner Parteiauffassung von gestern. Und Bibelkarle mußte auch hier wieder einmal die Wahrnehmung machen, daß Unban der Welt wieder bedeutet. Hoffentlich wird er das jetzt einsehen und seine Bibelpredigten gegen die jetzigen richten, die ihm diesen alten Streich zu spielen beabsichtigen. Hoffentlich wird jetzt in Onkel Karliches Gehirn endlich einmal die Lare Erkenntnis aufsteigen, daß diese Brüder den Mohr nur so lange behalten, solange er in ihre Tasche bläst.

Kommunistische Stadtverordnete

die am Schlesienschen Städtetag am

7. und 8. November 1924 in Görlitz

teilnehmen, geben sofort ihre Adresse

an die

Bezirksleitung Schlesien der KPD.

Abt. Kommunales.

